Der 7. Oktober hat auch bei uns Schlechtes bewirkt

Zum dritten Mal hat sich der 7. Oktober 2023 gejährt an dem in Israel die Terrororganisation Hamas über 1’200 Menschen, vom Neugeborenen bis zur Seniorin, bestialisch ermordete. Dieses Massaker hat nicht nur im jüdischen Staat bleibende Spuren hinterlassen, es hat auch bei uns Schlechtes bewirkt.

Von Sacha Wigdorovits

Das Pogrom der palästinensischen Terrororganisation Hamas und ihrer Hunderten von begeisterten zivilen Helfern aus Gaza am 7. Oktober 2023 gehört zu den traumatischsten Ereignissen des noch nicht ganz 80-jährigen jüdischen Staates. Und dieser grösste Massenmord an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg wird einen entscheidenden Einfluss auf die Parlamentswahlen haben, die in Israel in knapp drei Wochen anstehen. Denn es geht auch um die Frage, welche Verantwortung die Regierung von Benjamin Netanyahu trägt, dass es dazu kommen konnte.

Aber auch bei uns in der Schweiz und im Westen insgesamt hat der 7. Oktober seine Spuren hinterlassen – in unseren Institutionen, angefangen bei der Polizei und den Strafverfolgungsbehörden bis zu den Hochschulen, in unserem Politsystem, in unseren Medien und in unserer Zivilgesellschaft.

Polizei und Strafverfolger schauen tatenlos zu

So lässt die Polizei den fanatischen Mob, der Israel vernichten will («from the river to the sea») und den Terror verherrlicht, auf unseren Strassen ungestört demonstrieren – mit dem Segen ihrer vorgesetzten politischen Behörde. Die Strafverfolgungsbehörden, wie zum Beispiel die Zürcher Staatsanwaltschaft, weigern sich ebenfalls ihre Arbeit zu tun und leiten mit erschreckend fadenscheinigen Begründungen selbst bei Morddrohungen gegen Juden keine Untersuchungen ein – von weniger dramatischen, aber das Strafgesetz dennoch verletzenden antisemitischen Vorfällen ganz zu schweigen.

Hochschulrektoren lassen Terrorsympathisanten feige gewähren

Auch die «laissez faire»-Haltung der Rektorinnen und Rektoren unserer Hochschulen, wie etwa der ZHdK und Universität in Zürich oder den Universitäten in Lausanne und Genf, gehört zum institutionellen Versagen gegen den offen zelebrierten Judenhass. Denn wie im Ausland dürfen auch an den meisten Schweizer Hochschulen antisemitische und Hamas-freundliche Studentengruppierungen

ungestört agitieren und jüdische Studierende drangsalieren. Die Rektoren lassen so aus purer Feigheit geschehen, dass in ihren «Bildungsinstitutionen» nicht mehr Wissen vermittelt, sondern Irrglauben verbreitet und (antisemitische) Vorurteile propagiert werden.

Politiker nehmen opportunistisch Partei gegen Israel

Zahlreiche Politiker haben sich diesem unwürdigen Reigen angeschlossen. Dazu zählt Bundesrat Beat Jans, der 40 Kinder aus Gaza mit ihren Hamas-nahen Begleitern in die Schweiz holte. Wogegen er sich Null und Nichts für jene Zehntausende von israelischen Kinder interessiert, die wegen dem Massaker vom 7. Oktober 2023 oder wegen des Raketenbeschusses durch die libanesische Terrormiliz Hisbollah traumatisiert sind. Da Jans mit seinem Gaza-PR-Gag Sicherheitsrisiken für die Schweizer Bevölkerung in Kauf nahm, weigerten sich allerdings die Regierungen der Kantone Zürich, Aargau, Bern, Thurgau, Zug und Freiburg, an seiner Aktion mitzumachen.

Linke Parteien werben mit Antisemitismus um islamische Stimmen

Gepunktet hat Jans indessen bei seiner eigenen Partei, der SP, und bei den Grünen. Denn auch die Schweizer Linksparteien sind auf den Zug des Juden- und Israelhasses aufgesprungen – genau gleich wie in Deutschland die Partei «Die Linke», in Frankreich «La France insoumise» und in England die «Green Party». Der hinter dem Wort «Antizionismus» versteckte Antisemitismus der versammelten europäischen Linken hängt einerseits mit ihrem abstrusen Geschichtsbild zusammen, wonach Israel ein (weisser) Kolonialstaat und die Palästinenser dessen Opfer sind. Andererseits beruht er auf dem leider korrekten Wahlkalkül, dass mit juden- und israelfeindlichen Parolen bei vielen eingewanderten islamischen Wählern Stimmen zu holen sind.

Die meisten Medien schüren die Hetze gegen Israel

Dass sich nach dem 7. Oktober in Europa solche überwunden geglaubte Abgründe des Judenhasses aufgetan haben, ist nicht zuletzt die Schuld der Medien. Zwar gibt es vereinzelte, die sich an dieser Hetze nicht beteiligen. In der Schweiz sind dies insbesondere die NZZ und der Nebelspalter, gelegentlich auch Die Weltwoche. In Deutschland sind es die Medien des Springer-Verlags wie BILD und Die Welt und im angelsächsischen Raum beispielsweise The Telegraph, der ebenfalls zu Springer gehört, oder das Wall Street Journal und die New York Post, die von der Familie

Murdoch kontrolliert werden.

Aber die meisten anderen Medien, von der New York Times bis zur Süddeutschen Zeitung und von CNN und BBC bis zum Schweizer Fernsehen, haben in den letzten drei Jahren in immer stärkerem Mass das palästinensische Narrativ übernommen, insbesondere jenes der Hamas oder der libanesischen Hisbollah. Das heisst: Die Israelis sind die Täter und die Palästinenser die unschuldigen Opfer des 7. Oktober.

Hamas-Terroristen als Journalisten

Bei ihrer Berichterstattung vertrauen diese Medien auf Informationen der Hamas und der dieser nahestehenden Organisationen, sie beziehen ihre Videos, Fotos und Berichte von palästinensischen «Journalisten», die in Wahrheit vielfach selbst Terroristen sind und teilweise am Massaker des 7. Oktober beteiligt waren.

Deswegen kam es im Gaza-Krieg von Anfang an zu eklatanten, gegen Israel gerichteten Fehlberichterstattungen wie beispielsweise der Behauptung, das Al-Ahli-Krankenhaus sei von einer israelischen Rakete getroffen worden. Dabei war es, wie sich wenig später herausstellte, eine in Richtung Israel abgefeuerte fehlgeleitete Rakete der Terrororganisation islamischer Dschihad. Zahlreiche weitere Beispiele – von künstlich nachgestellten Fotos bis hin zur selektiven Themenwahl – zeigen, dass sich an der einseitig antiisraelischen Berichterstattung dieser Medien bis heute nichts geändert hat. Im Gegenteil.

Damit machen sich diese Medien und ihre Journalisten in dem israelisch-palästinensischen Konflikt zur Partei (auf Seiten der Hamas), anstatt unabhängig zu berichten. Ein alter Grundsatz heisst «Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit». Im Gaza-Krieg ist dies die Schuld eines Grossteils der westlichen Medien.

Unsere Zivilgesellschaft wird israelfeindlich indoktriniert

Dies blieb nicht folgenlos auf unsere westliche Zivilgesellschaft. Zwar sprechen alle Fakten dafür, dass die israelische Armee IDF in Gaza gezielt die Hamas ins Visier genommen hat und nicht die Zivilbevölkerung. Geschweige denn, dass sie versucht hätte, einen Völkermord an den dortigen Palästinensern zu verüben. Aber diese Fakten werden vom grössten Teil der hiesigen Medien verschwiegen. Deshalb glaubt heute ein Grossteil unserer Bevölkerung, dass das Gegenteil der Fall war: eine gezielte Kriegsführung Israels gegen die in Gaza lebenden Zivilisten.

Dies führte dazu, dass heute in der westlichen Welt viele Menschen, die keine Antisemiten sind, ein schlechtes Bild vom jüdischen Staat haben. Das gilt insbesondere in der Kunst- und Kulturszene, deren Exponenten von Politik in der Regel kaum eine Ahnung haben – auch wenn sie das Gegenteil glauben. Es zieht sich weiter zum Sport, und es reicht bis in die Chefetagen der Unternehmen.

Wir sind in die dunkelsten Zeiten zurückgekehrt

Die Folge davon sind Anfeindungen und Boykotte. Nicht nur gegen israelische Unternehmen, israelische Künstler, israelische Sportler oder israelische Touristen, sondern auch gegen Juden aus anderen Ländern, die bisweilen sogar einer «Gewissensprüfung» unterzogen und anschliessend geächtet werden, wenn sie sich nicht von Israel distanzieren.

Alle diese Entwicklungen erinnern an das Mittelalter, das im Englischen zu Recht «the dark ages – die dunklen Zeiten» heisst. Drei Jahre nach dem 7. Oktober 2023 lautet deshalb die bedrückende Bilanz: Das Massaker der Hamas war nicht nur für Israel ein entsetzliches Ereignis, es hat auch bei uns in Europa und in den USA tiefe Spuren hinterlassen – und alle führen in die falsche Richtung.

Lesen Sie auch: Hannah Einhaus appelliert an das Parlament und die Regierung der Stadt Bern

---

Sacha Wigdorovits ist Präsident des Vereins Fokus Israel und Nahost, der die Webseite fokusisrael.ch betreibt. Er studierte an der Universität Zürich Geschichte, Germanistik und Sozialpsychologie und arbeitete unter anderem als USA-Korrespondent für die SonntagsZeitung, war Chefredaktor des BLICK und Mitbegründer der Pendlerzeitung 20minuten.